

# Eine konkrete Utopie für den Kiez

## Interview zur *Stadt von Unten*- und *TU*-Ausstellung im Rathaus

“Projekt X-Berg - Kollektive Perspektiven“ lautete der Titel einer Ausstellung, die im Rathausgebäude vom 27. 2. bis zum 26. 3. gezeigt wurde. Organisiert wurde sie vom Fachgebiet für Städtebau der TU-Berlin (oder Städtebau Lehrstuhl der TU-Berlin) in Zusammenarbeit mit dem ‘Bündnis Stadt von Unten’ und weiteren Kooperationspartnern. Der zentrale örtliche Bezug der Ausstellung war das ehemalige Kasernengelände hinter dem Finanzamt, das jetzt ein weiteres Mal zu einem hohen Preis an eine private Investorengesellschaft veräußert wurde und eine teure gewinnorientierte Bebauung erwarten lässt. Die Ausstellung präsentierte demgegenüber Modelle für das Areal mit einer betont sozialen Ausrichtung. Ein besonderer Ausstellungskomplex bot die konzentrierten Darstellungen von “Commons“- Projekten in verschiedenen Orten als Beispiele für die Machbarkeit kollektiver Unternehmungen, wie sie als Grundprinzip auch die Gestaltung dieses Geländes leiten könnten. Das Interview wurde mit zwei für die Ausstellung verantwortlichen Mitgliedern des Bündnisses ‘Stadt von Unten’, Anna Heilgemeir und Enrico Schönberg, geführt.

**Kreuzberger Horn:** *Ihr habt eine eindrucksvolle Ausstellung im Rathausgebäude in unserem Kiez präsentiert. Wenn das Heft mit diesem Interview in den Druck geht, wird die Ausstellung schon eine Weile vorbei sein, aber die Anstöße, die von ihr ausgehen, werden dann noch nicht Vergangenheit sein, Anstöße etwa für Aktivitäten auf dem Gelände hinter dem Finanzamt, das den zentralen örtlichen Bezugspunkt bildet. Auch die baulichen Vorschläge, die in der Ausstellung speziell für dieses Gelände dargeboten werden, behalten ihre Aktualität, obgleich jetzt Anderes da vorgesehen ist. Dann gibt es als weiteres zukunftsträchtiges Element noch die vielen Beispiele kollektiver Projekte, die ihr uns zeigt, aus anderen Stadtteilen in Kreuzberg und auch aus anderen Städten wie z.B. Hamburg, Stockholm oder München. Über all das werden wir hier zu sprechen haben, doch vielleicht lässt sich einfühend generell etwas sagen zu dem, was ihr vorhattet.*

**Enrico Sch.:** Wir haben grundsätzlich gesagt, wir wollen nicht nur etwas verhindern, soweit es um das Gelände geht, sondern wir wollen auch eine Idee verwirklichen, also ein Modell entwickeln, dafür mögliche Vorbilder als Bei-

spiele auswählen, wollen auch nicht einfach sagen: nein, hier soll nichts Neues entstehen, soll nicht gebaut werden, *not in my backyard*, sondern sagen: ja, auch bei uns kann gebaut werden, *aber ...* und genau dieses ‘Aber’ wollen wir versuchen auszufüllen mit unseren Vorschlägen. Das war erst einmal die Grundlage, auf der auch die Kooperation mit der Universität entstanden ist.

**Kreuzberger Horn:** *War ja beeindruckend zu beobachten, mit welchem Engagement die jungen Studentinnen und Studenten vormittags die Ausstellungsobjekte hier anbrachten, noch dies und das eifrig berieten, dann auch vor dem Rathaus sehr eingängige Slogans auf den Gehsteig klebten, so dass die Öffentlichkeit nicht übersehen konnte, dass hier etwas Besonderes präsentiert wurde und etwas, das uns wirklich betrifft. Könnt ihr vielleicht kurz berichten, wie es zu der Zusammenarbeit kam?*

**Anna H.:** Wir, also das ‘Bündnis Stadt von Unten’, sind zum Lehrstuhl für Städtebau an der TU Berlin gegangen, dem ‘Chair for Urban Design and Urbanization’, und haben angefragt, ob sie nicht Lust hätten, was zu dem Material

zu machen, mit dem wir gerade angefangen hatten zu arbeiten. Dabei ist dann ein Entwurfstudio, so nennt man das, zum Areal entstanden, bei dem die Studierenden konkrete Entwürfe zu unseren Szenarien entwickelt haben, also städtebauliche Entwürfe, und ein Seminar, das ich betreuen durfte, bei dem wir ganz eng zusammen gearbeitet haben und bestehende kommunale und selbstverwaltete Strukturen als Modelle untersucht haben, also Projekte, die

es schon gibt in verschiedenen Städten und Ländern. Wir waren ständig in Kontakt mit dem Seminar, es gab verschiedene Workshops, und wir haben Wissen ausgetauscht. Die Studierenden haben recherchiert, und das Bündnis hat Wissen hineingegeben. In unserer Initiative kursierten bereits Beispiele, die haben wir an die Uni herangetragen, und die Studierenden haben dann recherchiert auf der Grundlage von Fragen: Wie steht es mit der Organisa-



Drei von vielen anderen Aufklebern vor dem Rathaus

Aufbau der Ausstellung im Rathaus am Eröffnungstag

tion? Wie sieht es mit der Finanzierung aus? Was ist der Hintergrund von dem Projekt? Welche Geschichte hat es? Wie hat es begonnen? Was für Grundlagen waren dafür nötig? Was verursacht es für die Stadt?

**Kreuzberger Horn:** In der Ankündigung werden noch andere Kooperationspartner genannt.

**Anna H.:** Ja, das Seminar hat der Wissenschaftsladen 'Kubus' in der Zentraleinrichtung für Wissenschaftliche Weiterbildung und Kooperation der TU Berlin, die viel Erfahrung in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern haben, begleitet. Das Entwurfstudio, also die städtebaulichen Entwürfe, basieren auf einem Interview mit dem 'Bündnis Stadt von Unten' und mit dem 'Miethäuser Syndikat' (das gemeinsam mit einer Wohnungsbaugesellschaft ein Gebot abgegeben hatte). Daraus haben die Studierenden Szenarien entwickelt und haben auch ihre städte-

bauliche Haltung zu dem Gebiet, nämlich eine möglichst große Dichte zu realisieren, in diese städtebaulichen Entwürfe einzubringen versucht.

**Kreuzberger Horn:** Da gab es also auch voneinander abweichende Vorstellungen?

**Anna H.:** Also die Position des Lehrstuhls war: okay, das ist ein supergut angebundenes Quartier, hat zwei U-Bahn-Anschlüsse und es braucht bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraum, und hier kann davon möglichst viel entstehen. Deswegen sind die mit einer Dichte von 2.0 herangegangen und haben sich auch über die bezirklichen Vorgaben der Hochhausgrenze hinweggesetzt. Der Lehrstuhl hat also auch seine eigene städtebauliche Sprache und seine eigene Haltung hineingebracht, und die ist eben: die Hochhausgrenze nicht so ernst zu nehmen und zu beweisen, dass es auch anders geht und dass man auch mit einer höheren Dichte ge-



Foto: Enrico Schönberg

Eröffnung der Ausstellung "Projekt X-Berg - Kollektive Perspektiven" im Rathausgebäude am 27.2.2015

meinschaftlichen Wohnraum schaffen kann. Das ist nicht unbedingt die Haltung von 'Bündnis Stadt von Unten', zumindest nicht einheitlich. Da gibt es auch Leute die sagen: Hochhäuser sind okay und es gibt Leute die sagen: Nee, also Hochhäuser gehen gar nicht. Da werden wir auch nicht sofort zusammen kommen, uns geht es vorrangig um die Grundlagen, also dass das, was entsteht, bezahlbar ist, nutzerorientiert und von unten entwickelt und dann nicht mehr veräußerbar, sondern abgesichert zu 100%.

**Kreuzberger Horn:** *Es wäre dann an dieser Stelle angebracht, über euch, über das 'Bündnis Stadt von Unten' einiges zu erfahren, über eure Vorstellungen, die offenbar nicht immer ganz einheitlich sind. Vielleicht erst einmal auch eine Frage zu eurer Gründung, seit wann ihr unter diesem Namen existiert und wie das so geschah.*

**Enrico Sch.:** Die Gründung liegt jetzt etwa ein Jahr zurück. Das Entwickeln von ersten Ansätzen für ein Programm begann ungefähr im Februar 2014. Natürlich gab es da Vorläufer, und es gab Initiativen, die an so etwas schon gearbeitet hatten, teilweise auch im Hinblick auf dieses Gelände. Und zu den Zielen ist zu sagen, dass wir uns durchaus auch streiten, zum Beispiel was den Freiflächenanteil betrifft und so weiter, aber wo man sich relativ einig ist, das ist in der Programmatik, also im Sinne von: Was wollen wir denn eigentlich, wenn etwas gebaut wird, was sind die Grundsätze von den Sachen, die da passieren sollen. Und zu solchen Grundsätzen gehört eben, wirklich bezahlbaren Wohnraum herzustellen, nicht diesen Neubau, der auf uns zuzukommen droht, sondern einen, bei dem die Inhalte stimmen. Ein Programm, bei dem es eine dauerhafte Absicherung gibt, bei dem das Gelände nicht privatisiert wird, sondern bei dem für soziale Zwecke sowie für die Weiterentwicklung des Geländes kollektive Projekte eingesetzt werden und bei dem keine Eigentumswohnungen entstehen. Dann geht es auch um eine ausgewogene Mischung von Gewerbe und Wohnen. In solchen Fragen sind wir uns relativ einig. Baulich streitet



Anna Heilgmeir und Enrico Schönberg während des Interviews vor den Ausstellungstafeln im Rathaus

**Uns geht es vorrangig darum, dass das, was entsteht, bezahlbar ist, nutzerorientiert, von unten entwickelt und dann nicht mehr veräußerbar, sondern abgesichert zu 100%.**

man sich, wie eben schon gesagt wurde, dann über Hochhäuser oder nicht Hochhäuser, obgleich wir diese Diskussionen noch nicht so gründlich geführt haben. Häufig ist das schwierig, weil es da auch so ein bisschen diffus läuft oder auch Bauchgefühle ein gewisse Rolle spielen oder das man etwas einfach nicht genügend kennt.

**Kreuzberger Horn:** *Es gab Vorläufer, wurde eben gesagt, und wichtig waren sicherlich auch, nehme ich an, generelle Anstöße, die es in den letzten Jahren gegeben hat in Bezug auf Liegenschaften, überhaupt auf Aneignung von öffentlichem Gelände, der Slogan 'Right to the City' kommt mir da so in den Kopf.*

**Enrico Sch.:** Einzelne von uns haben sich schon länger mit der Liegenschaftspolitik auseinandergesetzt. Sie haben Erfahrungen auf Berliner Ebene mit Privatisierung und Liegenschaftspolitik in mehrfacher Hinsicht gewonnen, da gab es den Runden Tisch Liegenschaftspolitik und die Initiative 'Stadt neu denken'. Wenn es um Auseinandersetzungen geht wie beim kommunalen Wohnungsbau zum Beispiel, um Neubau, und wie man das anders machen kann, dann versuchen wir, die Erfahrungen von anderen Initiativen aufzugreifen und zu diskutieren an dem Gelände. Die Sachen, die

mit Kotti&Co passiert sind mit dem sozialen Wohnungsbau, die nehmen wir als Beispiel für etwas, das anders laufen muss und nehmen deren Ideen zu einer anderen Entwicklung mit auf. Ab einem bestimmten Punkt haben wir gesagt: Wir wollen gar keine Privatisierungen, sondern wir wollen, dass das Land Berlin das übernimmt und die Impulse aus unseren Zusammenhängen und der Stadtgesellschaft aufgreift.

**Kreuzberger Horn:** *Das ist so der eine Weg, bei dem in diesen Fällen das Land Berlin gefordert ist. Bei dem Appell 'Recht auf Stadt' gibt es sicherlich auch noch andere Perspektiven für Aktionen der Aneignung von öffentlichem Gelände, oder? Manchmal vielleicht zunächst eher versuchsweise, mit Festen und so.*

**Anna H.:** Ja, das kann auch oft ganz alltäglich sein. In der Ausstellung wurde das mit den 'Commons'-Karten, den Mappings, versucht aufzuzeigen, was bereits da ist, was passiert, wie eignen sich die Leute städtische Räume in Kreuzberg schon an, wie nutzen sie die gemeinschaftlich. Das ist mit dem Gelände, um das es hier geht, bisher relativ wenig geschehen, es ist ja auch ziemlich versteckt. Und was wir jetzt machen wollen ist, verstärkt Aufkerksamkeit darauf zu legen, dass Leute begreifen: das ist unser Grundstück, das ist Allgemeingut, das gehört uns allen. Wichtig ist dabei zu sagen, dass wir ganz konkret an Konzepten arbeiten: Wie kann städtischer bundeseigener Grund anders entwickelt werden und langfristig gehalten werden und zwar nicht nach einem Konzeptverfahren, wo dann die angeblich besonders Kreativen gewinnen, sondern es geht uns darum, dass auch die Daseinsfürsorge einbezogen ist, dass es wirklich bezahlbar ist. Wir fragen konkret, wie kann es selbst verwaltet sein und so entwickelt, dass es langfristig da bleibt, dass es nicht verloren geht. Das ist eigentlich unser Ziel. Das Grundstück ist für uns ein Vehikel. Es ist für uns enorm wichtig, dass es speziell hier möglich wird, aber an sich ist es ein Modell, es könnte auch auf andere Grundstücke und Gebäude angewandt werden, und die Öff-

entliche Hand muss unserer Meinung nach sofort damit aufhören, so etwas zu verkaufen. Und es gibt Modelle, es gibt ganz viele Arten der Finanzierung, bei denen dann auch nicht der Geldbeutel schrumpft und die Zahlen rot werden, sondern die möglich sind. Diese haben wir in dem Element Karten der Projekt-Recherchen sichtbar gemacht.

**Kreuzberger Horn:** *Ihr blickt in einem Teil eurer Ausstellung in die Zukunft und nennt auch Jahreszahlen, die angepeilt werden: 2020, 2040 etwa. Wie konkret ist so etwas und wie utopisch bleibt es noch?*

## Es geht nicht um eine unkonkrete Utopie, sondern um eine konkrete, die machbar ist

**Enrico Sch.:** Es gibt mehrere Ebenen, auf denen man das erläutern muss. Wenn man sich anschaut, was wir an Modellvorstellungen haben, dann finde ich, können wir sagen: Für das, was inhaltlich anders sein soll, existieren solche Beispiele, es geht damit nicht um eine unkonkrete Utopie, sondern

um eine konkrete, etwas ist machbar. Die weiterhin utopischen Elemente müssen wir uns genauer anschauen, daran müssen wir arbeiten. Da ist sicherlich noch vieles in Frage gestellt, aber eher durch die offizielle Politik als durch die inoffizielle. Die Initiativen haben viele machbare Vorstellungen, scheitern aber an der offiziellen Politik oder eben auch am Markt.

**Anna H.:** Das Problem ist, dass diese ganzen Grundstücke immer relativ schnell zum Höchstgebot und unter Ausschluss der Öffentlichkeit veräußert werden, und dann sind wir weg und das Geld regiert. Dann werden diejenigen, die es erhalten haben, sehen, dass es sich refinanziert. Unser Ansatz wäre: Ihr müsst euch Zeit lassen, ihr müsst die Beteiligung eigentlich vor dem Verkauf des Grundstückes ermöglichen. Wenn es verkauft ist, können wir nicht mehr beteiligt werden, wenn das Geld rennt, haben wir nichts mehr zu entscheiden außer ein paar Sitzkiesel und ein paar Grünflächen, das ist zu wenig. Da fordern wir eben ein, dass sich Senat und auch Bund zusammen tun und sich nach-

haltig überlegen, wie kann man mit solchen Grundstücken umgehen. Der Bund steckt ja total viel Geld in 'Soziale Stadt', in die soziale Wohnbauförderung, die nicht nachhaltig ist, und in soziale Stadtprogramme. Und der Bund könnte ja auch sagen, wir stellen Anteile über Grundstücke den Bezirken zur Verfügung und entwickeln darauf etwas anderes. Rechnen würde sich das sicher auf vielen Ebenen.

**Enrico Sch.:** Um es noch einmal zu betonen: Dass, was wir vorschlagen, sind keine Luftblasen. Das Gelände ist da, es kann etwas gebaut werden, natürlich muss man beachten, dass es gewisse Grenzen gibt was Hochhäuser und solche Sachen betrifft, dass auf Seiten der Stadtplanung gesagt wird: das wollen wir nicht oder das andere so etwas sagen. Auf dieser Entwurfebene kann man sich noch streiten, aber von den Forderungen her, wenn die politischen Instanzen zustimmen, ist es machbar. Und es gibt ein gesamtstädtisches Interesse, das etwas anderes will. Das Land müsste sich auf den Weg machen und es könnte gefragt werden: was haben sie mit solchen Modellen entwickelt, welche anderen Vorstellungen gibt es noch, aber wie gesagt, alles ist konkret machbar, wir reden über kein Zauberwerk.

**Kreuzberger Horn:** *Aber jetzt ist das Gelände verscherbelt worden, das Geld offenbar überwiesen an die Bima, die zuständigen Ausschüsse auf Bundesebene haben nichts verhindert. Wollt ihr noch weiter machen mit der Aktion?*

**Enrico Sch.:** Es gibt weiterhin einen Anlass, das stärker öffentlich zu machen, wie das ge-

laufen ist mit Zwischenhändler und einem großen international agierendes Unternehmen, das ein Anlageprojekt ist mit der Maxime *minimize risk - maximize profit*. Das muss man sich mal so richtig vorstellen, und wenn nun das der Zustand ist, okay, aber dann sagen wir: das lassen wir uns nicht gefallen. Wir wollen darauf hinarbeiten, dass sich trotz der Macht der privaten Unternehmen Leute dort etwas aneignen und damit Zeichen setzen und sagen: Es geht so nicht, damit es auch an anderen Stellen aufhört.

**Kreuzberger Horn:** *Zum Beispiel mit Aktionen, die sehr öffentlichkeitswirksam sind?*

**Enrico Sch.:** Nicht nur öffentlichkeitswirksam, sondern auch ganz praktisch, also nicht nur auf einer symbolischen Ebene, sondern es geht darum zu sagen: da ist Platz, da ist Leerstand. Da wird eine Zeitlang auch nicht viel passieren, weil der Investor bestimmte Sachen erst einmal erreichen muss, es geht da ja auch um eine Planung, das heißt, wir haben eine zeitliche Perspektive, in der noch viel auf dem Gelände gemacht werden kann, dazu fordern wir auf und das ganz praktisch.

**Anna H.:** Was solche Investoren betrifft, so besteht die Gefahr, dass ihnen bestimmte Auflagen gestellt sind, aber sie sich dafür woanders alles herausholen aus dem Komplex, also dass es an einer Stelle noch teurer wird und an einer anderen etwas günstiger. Und es gibt ja auch die Regelung mit der "sozialen Mischung", die vom Senat gelegentlich hochgehalten wird, dass 33% des Wohnraums "bezahlbar" sein sollen, das ist dann aber das Maximum, und da stellen



wir uns auch dagegen, weil wir uns sagen, der ganze Kiez hier rundherum wird schon so aufgewertet, die Mieten steigen so immens, wir brauchen hier auf dem Grundstück keine Mischung mehr, wir müssen dem, was hier rundherum privat passiert, etwas entgegensetzen, und deswegen muss das 100% wirklich bezahlbar sein, sonst haben das Land und die Stadt keine Kontrolle mehr darüber.

**Kreuzberger Horn:** *Nun bietet ihr in eurer Ausstellung eine große Zahl von Beispielen, die solchen sozialen und auch weitergehenden kollektiven Ansprüchen gerecht werden, sicherlich auf unterschiedliche Weisen und auf Minderheiten begrenzt, auch auf einzelne Orte in einer Stadt, die aber das Potential haben, so verstehe ich es, über diese Partikularbereiche hinaus machbar zu sein, wenn nicht andere mächtige Interessen dagegen stehen würden.*

**Anna H.:** Ja, das sind Beispiele für einen Weg in Richtung einer Stadtproduktion und Stadtnutzung, die ohne Privatisierung auskommt, die mehr Mitspracherechte und eine stärker kollektive Entscheidungsstruktur möglich macht und die Programme beinhaltet, die auch soziale Funktionen erfüllen. Es handelt sich um Projekte aus verschiedenen Städten und auch aus verschiedenen Ländern, die alle verschiedene spannende Mechanismen haben, weswegen wir sie in unser Repertoire für eine Stadtentwicklung von Unten im Bündnis aufgenommen hatten.

Dann wurden sie auch danach ausgewählt, was die Studierenden interessiert, also welche Projekte sie sich näher angucken wollten. Das geht vom besetzten Haus der Köpi, in dem die Aneignungsform eindeutig ist und die Finanzierungsproblematik recht einfach, aber was nicht unbedingt allgemein übertragbar ist, über das Kulturhuset in Schweden, in Stockholm, das als staatliche Daseinsfürsorge kulturelle Funktionen und öffentlichen Raum bietet und von der Stadt gebaut, finanziert und betrie-

ben wird, aber auch privatwirtschaftliche Komponenten in sich trägt oder das SESC Pompeia in Sao Paolo, ein Freizeitzentrum, das durch direkte Pflichtabgaben der Unternehmen des ganzen Landes finanziert und von einer NGO betrieben wird, dabei ist ein Fond eingeschlossen, der erschwinglichen Wohnraum langfristig absichert. Dann gibt es Projekte hier in Berlin wie etwa Ex-Rotaprint, in dem durch eine Drittelfestlegung von Arbeit, Kunst und Sozialem die existierende Mischung langfristig erhalten bleibt. 2007 ist das Rotaprint-Gelände durch Menschen, die es bereits genutzt haben, nach einem langen Kampf mit Hilfe einer Stiftung gekauft worden, es ist dann mit einem Erbbaurechtsvertrag ein ausageklügeltes Regelwerk sowie ein Finanzierungsmodell geschaffen worden, das günstige Mieten und ein erhebliches Entscheidungs- und Mitspracherecht für die NutzerInnen ermöglicht, eine denkmalgerechte Sanierung der Gebäude langfristig si-

chert sowie Privatisierung, Gentrifizierung und Mietsteigerungen ausschließt.

Als weiteres Beispiel die Esso-Häuser in Hamburg. Der geplante Abriss der Esso-Häuser in St Pauli hat eine Mieter-Initiative hervorgebracht, die sich dann auch mit stadtpolitischen Bewegungen zusammengetan haben; die haben den Abriss nicht verhindern können, aber die Stadt dazu gebracht, dass im Neubau 50% geförderter Wohnungsbau verwirklicht wird, im Endeffekt mehr als sie vorher hatten, und so

**... das sind Beispiele für einen Weg in Richtung einer Stadtproduktion und Stadtnutzung, die ohne Privatisierung auskommt, die mehr Mitspracherechte und eine stärker kollektive Entscheidungsstruktur möglich macht**

ließen sich viele Beispiele anführen, die hier dokumentiert sind, in Kreuzberg etwa die Regenbogenfabrik, die durch eine Besetzung erungen wurde. Als letztes Beispiel von den vielen hier vielleicht noch das 'Mietshäuser Syndikat', ein Verbund aus Hausprojekten in ganz Deutschland, bei dem versucht wird, Eigentum komplett zu neutralisieren und ein Mechanismus geschaffen wird, nach dem das Gebäude niemandem am Ende gehört, aber die Nutzerinnen eigentumsähnlich entscheiden können.

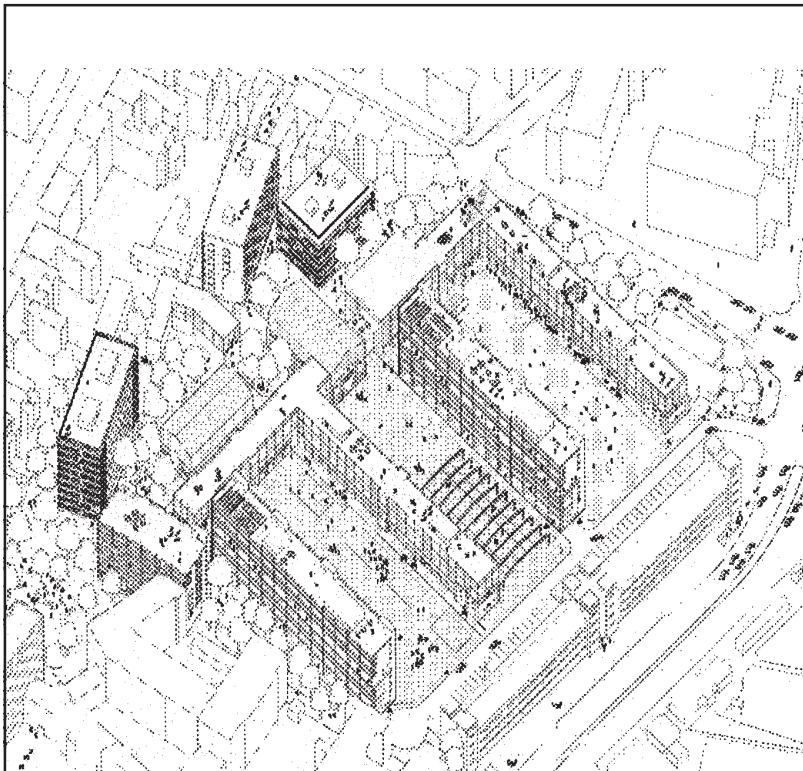
Was uns wichtig war, das waren immer die Aspekte der Selbstverwaltung, aber auch die kommunalen Anteile der Öffentlichen Hand herauszuarbeiten, weil das für uns ein guter Weg wäre, das zu verbinden. Und es war uns immer wichtig zu fragen: Was hat wer an Verantwortung dazu beigetragen und was macht das für eine andere Stadt.

**Kreuzberger Horn:** *Um zum Abschluss noch einmal auf das Gelände hier in unserem Kiez zurückzukommen, um das es in der Ausstellung vorrangig geht, das ehemalige Kasernengelände hinter dem Finanzamt: Zu eurem Konzept gehört dort ja eine Mischung von Wohnen, Kultur und Gewerbe, und zwar einem Gewerbe, das möglichst kiezbezogen ist.*

**Anna H.:** Genau. Kiezbezogen heißt dabei einerseits zum Beispiel der Kreuzberger Kleinhandwerksbetrieb, der dann von Reparaturwerkstätten über Elektriker bis zur Ledertaschenproduktion reicht, dann aber auch eine ganz normale Nahversorgung, die muss ebenfalls Teil davon sein und nicht nur mit einem Angebot, das sich ausschließlich eine ganz bestimmte Schicht leisten kann. Das sind alles Sachen, die verhandelt werden müssen. Also wir wollen keine Insel der Glückseligen, sondern eine soziale Stadt, und wir wollen, dass es aufhört, dass die Ärmern rausgedrängt werden.

*Interviewer: Jürgen Enkemann*

**Kontakte:** TU Berlin - Chair for Urban Design and Urbanisation - CUD [www.cud.tu-berlin.de](http://www.cud.tu-berlin.de)  
Bündnis Stadt von Unten [www.stadtvonunten.de](http://www.stadtvonunten.de)



Studio Dragonerareal - CUD, TU Berlin;  
Projekt 'Re-Claiming Heritage' - Miriam Gruber, Aina Perello,  
Olga Samsonova, Anna Wilkpham

Dieser Entwurf basiert auf zwei einfachen Interpretationen des historischen Bestands: einer Rekonstruktion des Kasernen-Ensemble - die historische Sequenz der Kasernenhöfe wird durch ergänzende Neubauten wiederhergestellt; einer Aufstockung der bestehenden Gebäude - die solide Konstruktion der denkmalgeschützten Gebäude erlaubt eine Bebauung. Ein Konsortium, bestehend aus einer Wohnungsbaugesellschaft und Hausprojektgruppen sowie selbstverwalteten Arbeits- und Kulturprojekten und Sozialen Einrichtungen, soll das Projekt gemeinsam entwickeln. Durch eine hohe Grundstücksausnutzung sollen Mieten von 6,50 - 8,00 Euro/qm für Wohnen und Arbeiten entstehen, wodurch eine soziale und kulturelle Nutzung für das Viertel langfristig gesichert würde. Die ehemaligen Kasernenhöfe bieten öffentliche Freiflächen, die von der Nachbarschaft und den BewohnerInnen auch aktiv genutzt und bespielt werden können, belebt durch die dort liegenden Läden, öffentliche und soziale Infrastruktur, Werkstätten und Handwerksbetriebe. Die Flachdächerassen der Gebäude werden als mehr private Gemeinschafts- und Außenbereiche genutzt.



Darstellung der Kasernenanlage von 1898. Im vorderen großen Gebäude, in dem heute das Finanzamt untergebracht ist, wohnten die etwas mehr als 500 Soldaten des 1. Garde-Dräger-Regiments, hinten lagen die Ställe und Schuppen.